

Niederschrift



Gremium: **8. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation**

Sitzungsdatum: **Mittwoch, den 02.12.2009**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**

Beginn: 14:30 Uhr Ende: 16:55 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:
Martin Sailer

Mitglieder:

Peter Bergmeir
Dr. Markus Brem bis 16:20 Uhr
Hannelore Britzlmair entschuldigt
Hans-Peter Dangl
Silvia Daßler
Marlies Fasching
Franz Fendt
Anni Fries
Ludwig Fröhlich
Peter Högg
Hubert Kraus
Gerhard Ringler
Peter Schönfelder
Robert Steppich

Verwaltung:

Thomas Huber
Thomas Ihl
Manfred Merz zu TOP 1
Lothar Schneider
Martin Seitz

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. EDV-Haushalt 2010 - 1. Lesung
Vorlage: 09/0262
2. Kreishaushalt 2010 - 1. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 30.10.2009)
Vorlage: 09/0257
3. Verschiedenes
4. Wünsche und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

5. Stellenplan 2010 - 1. Lesung
Vorlage: 09/0260
6. Vollzug Stellenplan 2009
Vorlage: 09/0261
7. Verschiedenes
8. Wünsche und Anfragen

Mit der den Mitgliedern zusammen mit der Einladung zugegangenen Tagesordnung besteht Einverständnis.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 EDV-Haushalt 2010 - 1. Lesung Vorlage: 09/0262
--

Herr Merz erläutert den EDV-Haushalt und verweist auf die ausgeteilte Tischvorlage, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Ansatz für die nach Auflösung der ARGE notwendige Anbindung der Außenstelle für 30 Mitarbeiter sollte aus Sicht von **Landrat Sailer** zunächst so stehen gelassen werden. Spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2010 werde man sehen, wie die künftige Struktur tatsächlich aussehe.

Bezüglich der Sitzungssoftware Mandatos erachtet es **Kreisrat Dr. Brem** als problematisch, jeden Kollegen mit einem Laptop auszustatten, da viele bereits über einen eigenen Laptop verfügen. Vielleicht bestünde die Möglichkeit, diesen Bereich des Computers mit einem eigenen Windows Account zu trennen. Außerdem möchte Kreisrat Dr. Brem auch künftig nicht auf die Vorlage der Sitzungsunterlagen in Papierform verzichten. Man sollte zweimal darüber nachdenken, ob man wirklich auf digitale Dokumente umsteigen wolle. Er spreche aber nicht davon, dies ganz ad acta zu legen. Die bisher in Papierform zur Verfügung gestellten Dokumente sollten auch weiterhin digital bereitgestellt werden.

Landrat Sailer verweist auf das bisher etwas komplizierte Herunterladen der Dateien im Ratsinformationssystem. Dies könnte durch die neue Software vereinfacht werden. Er glaube auch nicht, dass sofort alle Kreisräte auf das papierlose Verfahren umsteigen werden. Man sollte jedoch den Versuch unternehmen, dies in Stufen weiter zu entwickeln.

Kreisrat Schönfelder schlägt vor, sich hinsichtlich der Sitzungssoftware in dieser Wahlperiode eine Zielsetzung zu geben, damit am Ende der Wahlperiode in dieser Sache Klarheit bestehe. Diejenigen, die für die nächste Wahlperiode kandidieren, wüssten dann auch, unter welchen Voraussetzungen sie antreten bzw. wie im Landratsamt kommuniziert werde.

Zur Smartcard vertritt Kreisrat Schönfelder die Auffassung, dass diese von Herrn Merz etwas zu euphorisch dargestellt wurde. Sollte es aber hierzu kommen, dann wäre ihm sehr daran gelegen, eine Dienstanweisung zu machen und diese vor Abschluss dem Personalausschuss vorzulegen.

Landrat Sailer erläutert, es solle zunächst ein Versuch mit einer kleinen Mannschaft erfolgen. Der Personalrat werde in dieses Vorgehen ohnehin mit eingebunden. Die von Kreisrat Schönfelder vorgeschlagene Zielsetzung für den papierlosen Sitzungsdienst zum 01.05.2014 wird von Landrat Sailer befürwortet. Dies könnte dann in den nächsten Jahren schrittweise umgesetzt werden.

Kreisrat Fröhlich verweist auf eine in diesem Zusammenhang notwendige Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag. Von **Herrn Seitz** wird daraufhin § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung verlesen, wonach die Ladung grundsätzlich per Brief, Fax oder E-Mail erfolgt. Man könne dies aber noch konkretisieren.

Anschließend spricht **Kreisrat Dr. Brem** das Thema Leasing an, über das in seiner Fraktion diskutiert wurde. Er bittet hierzu nochmals um kurze Erläuterung.

Herr Merz erläutert, dass das Leasing von Geräten dann etwas günstiger sei als ein Kauf, wenn die Hardwaregeräte bis zu 5 Jahre eingesetzt werden. Bei mehr als 5 Jahren sei der Kauf die günstigere Alternative. Die Server und PCs werden alle 4 Jahre, Drucker und Monitore alle 5 Jahre ausgetauscht. Der Vorteil beim Leasing sei außerdem, dass jährlich ein

konstanter Betrag in den Haushalt eingestellt werden könne, während bei Investitionen immer größere Sprünge im Vermögenshaushalt zu verzeichnen seien.
Beim Leasing brauche man sich außerdem nicht um die Entsorgung der Geräte kümmern. Diese werden abgeholt und die Festplatten automatisch gelöscht.

Kreisrat Schönfelder merkt an, mit dem Wort Leasing sei auch verbunden, dass z. B. Druckerpatronen nach einer bestimmten Anzahl von Drucken automatisch ausgetauscht werden, dass das Leasing also auch Verbrauchsgüter beinhalte. Dies ist nach Mitteilung von **Herrn Merz** bei den neuen Stockwerkskopierern der Fall. Das Landratsamt bezahle einen Seitenpreis, der Toner und die Wartung seien in diesem Preis inbegriffen. Bei den Arbeitsplatzdruckern, die über keinen Netzwerkanschluss verfügen, könne der Status jedoch nicht abgefragt werden.

Kreisrat Högg erklärt, ihm sei noch nicht ganz klar, weshalb für die Mitarbeiter der ARGE eine neue Technik beschafft werden müsse. Dazu berichtet **Landrat Sailer**, derzeit werde mit der Software der Bundesagentur gearbeitet. Die Mitarbeiter des Landkreises seien an deren Rechenzentrum angeschlossen. Künftig sollen die Aufgaben wieder getrennt mit unterschiedlichen Zuständigkeiten erfolgen, so dass die Mitarbeiter des Landkreises einen Zugriff auf den Server des Rechenzentrums des Landratsamtes benötigen.

**TOP 2 Kreishaushalt 2010 - 1. Lesung;
 Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 30.10.2009)
 Vorlage: 09/0257**

Sachverhalt:

Die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2010 (Stand: 30.10.2009) wurde den Mitgliedern des Kreistages in der Kreistagssitzung am 16.11.2009 ausgehändigt. Dem Vorlageschreiben liegt ein detailliertes Inhaltsverzeichnis bezüglich der überlassenen Unterlagen bei.

Die bereits im Vorjahr durchgeführte Praxis, die Haushaltsberatungen zu straffen und eine frühere Verabschiedung des Kreishaushaltes anzustreben, soll fortgeführt werden. Um dieses vorgegebene Ziel zu erreichen, wird es notwendig werden, dass sich die im Kreistag vertretenen Fraktionen möglichst umgehend nach der ersten Lesung mit der Haushaltsvorlage auseinandersetzen, so dass die Fachausschüsse ab 11.01.2010 empfehlende Beschlüsse abgeben können. Eine solche Verfahrensweise würde es möglich machen, den Kreishaushalt Ende Januar 2010 im Kreisausschuss abschließend zu behandeln und voraussichtlich Mitte Februar 2010 im Kreistag zu verabschieden.

Aufgrund der bisherigen Terminplanung (Sitzungsplan September 2009 bis Februar 2010, Stand: 14.10.2009) ist vorgesehen, die Fachausschussempfehlungen in der Kreisausschusssitzung am 25.01.2010 zu behandeln, einen Haushaltsabgleich vorzunehmen und die Verabschiedung des Kreishaushaltes 2010 dem Kreistag zu empfehlen. Aufgrund der bisherigen Terminvorstellungen kann davon ausgegangen werden, dass der Kreistag die Haushaltssatzung für das Jahr 2010 und den Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2013 am 22.02.2010 beschließen soll.

Die Verwaltungsvorlage enthält insbesondere bezüglich der staatlichen Finanzausgleichsleistungen, des interkommunalen Finanzausgleichs, der Umlagenzahlungen an diverse Zweckverbände, der Verlustbeteiligung an Gesellschaften, der Betriebsmittelverluste des Klinikums und hinsichtlich der Bezirksumlage nur vorläufige Ansätze. In vielen Fällen wird ein verbindlicher Haushaltsansatz erst in der zweiten Dezemberhälfte 2009 möglich sein. Dies trifft ebenso für eine Reihe von Einzelpositionen zu, die in Folge von Eckwertebeschlüssen sowie von Entscheidungen über Neu- und Erhöhungsanträge gesondert zu behandeln sind.

Insofern ist die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2010 hinsichtlich des ungedeckten Bedarfs im Verwaltungshaushalt, welcher auszugleichen sein wird, noch mit erheblichen Risiken verbunden.

Der Verwaltungsentwurf zum Wirtschaftsplan 2010 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wird vom Werkausschuss am 10.12.2009 behandelt und ein empfehlender Beschluss herbeigeführt.

Nähere Erläuterungen erfolgen in der Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation am 02.12.2009.

Herr Seitz kommt zunächst auf die Ausgangslage zurück, als der Haushalt im Kreistag vorgestellt wurde. Mittlerweile fanden eine Reihe von Fachausschusssitzungen statt, in denen der Haushalt in 1. Lesung diskutiert wurde. Aus diesen Sitzungen heraus haben sich noch keine erwähnenswerten Veränderungen ergeben.

Auf Unsicherheitsfaktoren wurde in der Kreistagssitzung bereits hingewiesen. Ein großer Punkt sei dabei die Schlüsselzuweisung als eine der wesentlichen Einnahmepositionen des Landkreises. Mittlerweile hätten die kommunalen Finanzausgleichsgespräche stattgefunden. Demnach zeigt sich Herr Seitz zuversichtlich, dass der Landkreis keine weiteren Ausfälle bei der Schlüsselzuweisung erfahren werde, die nicht ohnehin schon in den Haushalt eingerechnet wurden.

Andere Unsicherheitsfaktoren bleiben noch so lange bestehen, bis insbesondere bei den Töchtern die entsprechenden Wirtschafts- und Finanzpläne für das kommende Jahr aufgestellt wurden.

Augenblicklich sei auch noch die Entwicklung der Bezirksumlage ungewiss. Herr Seitz geht aber davon aus, dass bis zur Fortschreibung der Haushaltsunterlagen Klarheit besteht, da der Bezirkstag am 17.12.2009 den Haushalt 2010 verabschieden und dabei auch Aussagen über die künftige Höhe der Bezirksumlage treffen werde. Es gebe Hinweise darauf, dass die Bezirksumlage wohl erhöht werde. Dies hätte Auswirkungen auf den ungedeckten Bedarf, der augenblicklich bei 2,5 Mio. € stehe. Es werde Aufgabe der Fachausschüsse in den 2. Lesungen sein, diesen Fehlbedarf zu minimieren, während der Kreisausschuss in seiner 3. Lesung dann den Haushaltsausgleich herbeizuführen habe.

Daraufhin erläutert Herr Seitz die Positionen der Personalausschussvorlage.

Lfd. Nr. 1, Zusatzliste (Gesamtansatz für Personalausgaben – Eckwertebeschluss über Gesamtbudget)

Die Ansätze 2009 werden nach Mitteilung von **Herrn Seitz** nicht ganz ausreichen. Nach der letzten Hochrechnung erfolge eine Überschreitung der Ausgaben im Deckungsring 001 um rd. 400.000 €

Bei dem in der Spalte „Bezeichnung“ angeführten Ansatz 2010 bittet Herr Seitz um Korrektur von 21.549.600 € auf 21.649.600 €, wie im Verwaltungsvorschlag vorgesehen. Er verweist hierzu auf eine Nachmeldung von zwei Stellen im Bereich der Wirtschaftsförderung. Diese seien in den Haushaltsvorschlag schon eingerechnet, allerdings beim Vergleich noch nicht nachgebessert worden. Dadurch ergebe sich eine Steigerung der Personalkosten 2010 um 3,96 % anstelle der angeführten 3,46 %.

Kreisrat Bergmeir erklärt, dass bisher in jedem Bauhof ein Bauhofleiter tätig gewesen sei und fragt nach, ob diese beiden künftig durch einen Bauhofleiter ersetzt werden sollen, der nun zudem ein Beamter des mittleren Dienstes sein soll. Es sei schon fraglich, ob es sich hierbei um hoheitliche Aufgaben handle.

Herr Huber berichtet, die Stelle des Bauhofleiters wurde ausgeschrieben. Hauptsächlich seien Bewerbungen von Beamten eingegangen, nachdem es sich beim Straßenmeister um einen eigenen Ausbildungsberuf beim Freistaat Bayern handle. Die Einstellung eines Beamten komme den Landkreis sogar etwas günstiger als die Einstellung eines Beschäftigten. Gewisse hoheitliche Aufgaben, wie z. B. Baustellensicherung etc., seien vorhanden.

Der Leiter des Bauhofs Schwabmünchen scheidet im Lauf des nächsten Jahres aus, der Leiter des Bauhofs Diedorf befindet sich bereits in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Der neue Straßenmeister solle den stellvertretenden Sachgebietsleiter Tiefbau, Herrn Fendt, entlasten, damit dieser wieder verstärkt im Sachgebiet mitarbeiten könne.

Auf Anfrage von **Kreisrat Fröhlich** erläutert **Landrat Sailer** außerdem, dass das Klimaschutzprojekt von Stadt und Landkreis Augsburg zu 80 % vom Bund gefördert werde. Dies habe nichts mit der Stelle der Klimaschutzbeauftragten zu tun.

Lfd. Nr. 2, Zusatzliste (EDV-Anlage und -Ausstattungen des Amtes – Eckwertebeschluss über Gesamtbudget)

Herr Seitz informiert über eine Fortschreibung des nachrichtlichen Ansatzes bei den Ersätzen von 124.300 € auf 125.800 €. Der Nettoaufwand belaufe sich demnach auf 1.395.600 € und sei damit um 50.700 € bzw. 3,77 % höher als im Vorjahr

Kreisrat Steppich spricht den gedeckelten Ansatz für die Dienstreisen in Höhe von 150.000 € an. Er möchte wissen, ob nicht eine Zusammenfassung mit den entsprechenden Beträgen des EDV-Haushalts erfolgen könnte.

Dies kommt laut **Herrn Seitz** auf die gewünschte Darstellung an. Es sei ihm wichtig erscheinen, den Bereich EDV insgesamt darzustellen, weswegen z. B. auch die Ansätze für Fortbildung und Dienstreisen entsprechend bei der Querschnittseinheit EDV zugeordnet wurden. So können die Ansätze für Dienstreisen jedem einzelnen Unterabschnitt zugeordnet werden. Der Übersichtlichkeit wegen, wurden diese hier aber zusammengefasst im Deckungsring 004 angegeben. Dieser Ansatz beinhaltet auch die Dienstreisen der EDV.

TOP 3 Verschiedenes

- keine Vorlagen -

TOP 4 Wünsche und Anfragen

- keine Wünsche und Anfragen -